

Globale Finanzkrise in den Philippinen

Die Meinungen zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die philippinische Ökonomie gehen weit auseinander. Zum einen wird befürchtet, dass die Rücküberweisungen der im Ausland arbeitenden Filipin@s (OFW) nicht weiter ansteigen werden. Durch die globale Krise an den Finanzmärkten sind alleine 50.000 Filipin@s in den USA und weitere OFWs in Singapur und Hong Kong vom Arbeitsplatzverlust bedroht. Durch das Absinken des Ölpreises sind zudem auch Jobs für OFWs im Nahen Osten gefährdet.

Entgegen der Prognosen stiegen die Rücküberweisungen, nach einem leichten Rückgang im August, im September wieder um 16,9 Prozent im Vorjahresvergleich an, sodass die Gesamtrücküberweisungen in den ersten neun Monaten 2008 auf 12,3 Mrd. US-Dollar anstiegen. Die Finanzkrise ist an den Rücküberweisungen momentan also (noch) nicht abzusehen.

Zum anderen befürchten Experten, dass die Krise auch die Realwirtschaft und insbesondere den Export treffen wird. 15 Prozent der Elektronikgüter und elektronischen Teile werden in die USA verschifft, wo eine Rezession möglicherweise die Nachfrage nach Waren aus den Philippinen schwächen wird. Das könnte sich nachteilig auf das Wirtschaftswachstum auswirken, das von der Schweizer Bank USB auf 1,8 Prozent in 2009 geschätzt wird, während die Regierung noch von 4,1 bis 4,8 Prozent ausgeht.

Kritiker werfen Arroyo vor, auf diese globale Krise überhaupt nicht vorbereitet zu sein. Weder steht ein Programm zur Verfügung, um arbeitslose OFWs aufzufangen, noch gibt es Notfallpläne für den unvermeidbaren Rückschlag für die Wirtschaft.

Asia Times 5.11.08, PDI 9.11.08, MT 18.11.08

Malaysia zieht Friedensbeobachter ab

Malaysia hat aus Frustration über den Zusammenbruch der Friedensgespräche zwischen der *Moro Islamic Liberation Front* (MILF) und der philippinischen Regierung zum 1.12.2008 seine Waffenstillstandsbeobachter aus Mindanao abgezogen. Bereits im April hatte Malaysia begonnen, sein Kontingent von 40 Beobachtern zu reduzieren.

Der malaysische Außenminister Rais Yatim sagte, dass Malaysia weiterhin bereit sei den Friedensprozess in Mindanao zu unterstützen, dies jedoch von den Fortschritten bei den Friedensverhandlungen abhängig machen wird.

Malaysia hatte das *International Monitoring Team* (IMT) angeführt, weitere Mitglieder sind Brunei, Libyen und Japan. Bisher hat nur Japan mitgeteilt, dass seine zwei Friedensbeobachter in Mindanao verbleiben werden. Von Brunei und Libyen lagen bei Redaktionsschluss keine Rückmeldungen vor. Mitarbeiter von NRO befürchten jedoch, dass mit dem Abzug von Malaysia auch Libyen und Brunei ihre Beobachter abziehen werden. Dies würde den Einfluss des IMT als friedenserhalten-

den Mechanismus deutlich reduzieren. Mit dem Aufbau des IMT im Jahre 2003 wurde die Zahl der Scharmützel von etwa 700 in 2003 auf 15 im Jahr 2007 reduziert. Dieser Rückgang wurde zu einem guten Teil dem Einfluss des IMT zugeschrieben.

Die philippinische Regierung äußerte ihr Erstaunen über den Abzug Malaysias. Rafael Seguis vom philippinischen Außenministerium sagte, die philippinische Regierung sei über die Entscheidung Malaysias nur über die Presse informiert worden. Mohaqher Iqbal, Chefunterhändler der MILF in den Friedensgesprächen mit der Regierung, machte Befürchtungen deutlich, das Militär könnte den Abzug der IMTs als Vorwand für eine Ausweitung der Kampfhandlungen nutzen. Barahama Ali, ein Mitglied des *Coordinating Committee on the Cessation of Hostilities* (CCCH) und der MILF sagte, der Abzug sei ein vorübergehender Rückschlag, die CCCH werde weiterhin ihre Aufgabe als Waffenstillstandsmonitor zwischen Militär und MILF wahrnehmen.

PDI 28.11.08, Mindanews 3.12.08

Lasst mich durch, ich bin Arzt

Akuter Ärztemangel in den Philippinen sorgt laut dem ehemaligen Staatssekretär für Gesundheit, Jaime Galvez-Tan, dafür, dass sieben von zehn Filipin@s ohne Behandlung sterben. Vor allem die globale Nachfrage nach ausgebildeten Mediziner und Abwerbeangebote von Ländern aus Europa, die bis zu 6.000 Dollar-Monateinkommen bieten, seien dafür verantwortlich. Zudem machen viele Ärzte zusätzlich eine Krankenschwester-Ausbildung. Die Zusatzausbildung ermöglicht ihnen bessere Jobperspektiven im Ausland. 6.000 von 10.000 examinierten Krankenschwester-

gern, die zuvor schon das Ärztestudium abgeschlossen hatten, haben das Land mittlerweile verlassen. Zudem ist die Zahl der Medizin-Studenten von 30.000 (2006) innerhalb zweier Jahre auf 1.500 gefallen. Um das Problem zu lösen, schlägt Tan vor, dass in den Philippinen ausgebildete Ärzte für drei Jahre zum Dienst im Land verpflichtet werden müssen. Zudem müssten dringend die frustrierenden Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Philippine Star, 11.8.08

Deutsche Unternehmen wollen investieren

Franz Roland Odenthal, Präsident der deutsch-philippinischen Industrie- und Handelskammer, betonte, dass die Philippinen weiterhin attraktiv für deutsche Investitionen, vor allem in den Bereichen Bergbau, maritimen Sektor und Dienstleistungen, seien.

Deutschland ist der sechst größte Investor in den Philippinen. Die Großinvestitionen gefährden unter anderem viele Kleinschürfer, die zum Beispiel 2006 3,5 Mio. Tonnen Gold im Wert von drei Mrd. US-Dollar abgebaut haben. Damit haben sie, nach Aussage der Behörde für Bergbau und Geowissenschaft, mehr erwirtschaftet als große Bergbauunternehmen.

Philippine Star, 24.9.08

Amtsenthhebung gegen Gloria – Runde 4

Das Abgeordnetenhaus hat am 2. Dezember den vierten Versuch einer Amtsenthebung gegen Präsidentin Gloria M. Arroyo abgeschmettert. Der wahrscheinlich letzte Versuch vor Ende ihrer Amtszeit 2010 war aufgrund von Bestechung, Korruption und Verrat des öffentlichen Interesses und strafbarer Verletzung der Verfassung eingereicht worden. Der Abgeordnete Matias Defensor, gleichzeitig Vorsitzender des Komitees zur Amtsenthebung und Parteikollege von Arroyo, sagte in einer Plenarsitzung, dass keiner der Vorwürfe in direkter Verbindung mit der Präsidentin und dem umstrittenen »Breitband-Deal« mit dem chinesischen ZTE-Unternehmen stehe.

MT 3.12.08

JPEPA abgesegnet

Das stark umstrittene Freihandelsabkommen zwischen Japan und den Philippinen ist vom Senat Anfang Oktober abgesegnet worden. Das erste bilaterale Freihandelsabkommen der Philippinen steht in der Kritik, weil einige Passagen schlecht ausgehandelt und unzureichend formuliert worden sind. So wird befürchtet, dass die Japaner giftige Abfälle auf philippinische Deponien auslagern und dass japanische Unternehmen Anteilsmöglichkeiten an sensiblen Sektoren erhalten, die nach der philippinischen Verfassung ausländisches Eigentum verbieten.

Auf einige Geräte, wie japanische Plasmafernseher oder einige philippinische Agrarprodukte, werden keine Zölle mehr erhoben, während es in anderen Bereichen wie der Automobilindustrie mehrjährige Übergangsfristen gibt. Die philippinische Elektronikindustrie begrüßte das JPEPA, da sie mittelfristig ohne das Abkommen Nachteile gegenüber Thailand und anderen Staaten der Region gesehen hätte, die schon Freihandelsverträge unterzeichnet haben.

Kritiker befürchten allerdings weitere Liberalisierungen und verweisen auf die abgebrochenen WTO-Verhandlungen. Diese waren unter anderem an der Frage gescheitert, ob durch die Handels- und Investitionsliberalisierungen, die auch das JPEPA beinhalten, Entwicklungsziele erreicht werden können.

BW 10.10.08

Teures Ausland

Für internationales Aufsehen sorgte eine achtköpfige Gruppe hoher Beamter der philippinischen Polizei (PNP) auf einem Kongress von Interpol in St. Petersburg. Doch weniger ihre inhaltliche Arbeit, sondern das Mitführen von 105.000 Euro Bargeld durch den ehemaligen Bilanzprüfers der PNP, Eliseo de la Paz, und seiner Ehefrau war der Grund dafür. Wegen fehlender Zolldeklaration wurden de la Paz und seine Frau sowie die anderen Mitglieder der Reisegruppe vorläufig festgesetzt. Die anschließenden Ermittlungen der russischen Sicherheitskräfte wurden aber eingestellt.

Nach Aussagen des mittlerweile pensionierten PNP-Beamten war das Geld für eventuelle Unwägbarkeiten während der Reise gedacht. Zudem sollte er sich, so de la Paz bei einer Anhörung vor dem Senat, nach Sicherheitstechnologie in Europa umsehen. Er habe daraufhin das Geheimdienst-Budget angezapft.

Bei de la Paz und seiner Frau wurden darüber hinaus noch weitere 45.000 Euro gefunden, die nicht aus der Staatskasse kamen. Dieses Geld habe ihm ein Freund für zwei Uhren mitgegeben. Dieser Freund ist Geschäftsmann Arejola, Teilhaber eines Unternehmens, das vor kurzem einen öffentlichen Auftrag im Gesamtwert von 90 Mio. Pesos von der PNP bekommen hat. Aus dem Grund bleiben viele Fragen offen. Warum wurden die Reisekosten so hoch veranschlagt? Wie konnte der Beamte auf Gelder zugreifen, die nur der Präsidentin im Krisen- und Katastrophenfall zu stehen?

Laut *China Post* hatte der Finanzkontrolleur eine plausible Erklärung für das mitgeführte Geld: Russland sei halt ein »teures Land«.

MT 17.10.08; 16.11.08, GMA News 5.11.08, abs-cbn 7.11.08